

blickpunkt

Nr. 256
April 1992

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

GBL nickt, Brehl fliegt...

In der Stadtverordneten-Versammlung gab es auf Antrag der DKP-Fraktion eine Debatte, an deren Ende man nur sagen kann: die GBL fiel um und Brehl fliegt...

Um was geht es? Die ständigen Leser des "blickpunkt" wissen, es tut sich was am Südrand des Flughafens. Wir veröffentlichten Pläne über den Bau der "Cargo-City" und stellten den Antrag, im Mai eine städtische Veranstaltung zu planen, auf der die FAG und die Landesregierung Auskunft geben sollen, was auf die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zukommt. Daraus wird nun nichts. SPD und GBL veränderten den DKP-Antrag, indem sie den Mai-Termin strichen. Damit wird die Sache auf den St.-Nimmerleins-Tag verschoben. Viele "Grüne"-Vertreter waren eigentlich vor der Stadtverordnetensitzung sicher, daß dieser wichtige Antrag durchkommt, aber die GBL-Fraktion ließ sich in der Koalition wieder einmal unterbuttern. Einst als grüner Tiger gesprungen, liegen sie jetzt als blasser Bettvorleger im SPD-Schlafzimmer. Schade, aber wahr.

In der Stadtverordneten-Sitzung erklärte für die DKP-Fraktion Rudi Hechler u.a.:

"Wenn ich jetzt besonders bösaartig wäre, würde ich sagen - verschieben

wir die Infoveranstaltung doch auf den 4. Juni, da ist der Bürgermeister aus Amerika zurück, die Fluglärm-Kommission kann dann berichten, daß Boeing jetzt bald Triebwerke baut, die man nicht hört und wo hinten nur umweltverträglicher Wehrauch kommt. Aber es wird wohl nix mit dem Juni-Termin, wenn es dem Änderungsantrag nach geht, gibts wahrscheinlich überhaupt keine Veranstaltung.

Warum auf dem Kopfbogen des Änderungsantrages GBL-Fraktion steht, ist schwer zu verstehen, immerhin -

vor einem Vierteljahr schreibt die GBL:

"... wir fordern die FAG auf, endlich im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung in Mörfelden-Walldorf die kompletten Ausbaupläne auf den Tisch zu legen. Wahrheit und Klarheit - dies ist es, was wir von der Flughafen AG fordern!"

In der Diskussion wurde von SPD-Seite gesagt: "An den von der DKP vorgelegten Plänen ist doch gar nichts Neues."

Neu waren tatsächlich nur die von uns erstmals veröffentlichten Zeichnungen und Baupläne.

Was die FAG vorhat, das sagte uns der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Schölch Ende 1991:

"Die FAG ist Eigentümerin des Air-Base-Geländes. Dort gibt es 35 ha Wald im Süden. Wir wollen nicht alles sofort roden, aber wir haben einen Anspruch darauf - es muß klar

(Fortsetzung nächste Seite)

Veranstaltungen zum 1. Mai in Mörfelden-Walldorf

Donnerstag, 30. April 1992

"Blues in den Mai"

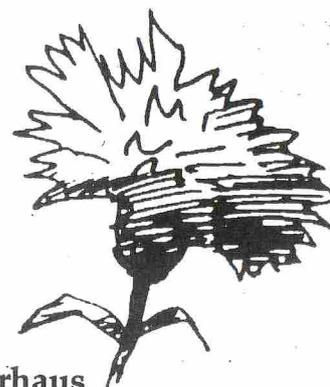
ab 20 Uhr im "Waldenserhof",
Walldorf

Freitag, 1. Mai 1992

Maikundgebung

10 Uhr

im Bürgerhaus Mörfelden,
anschließend Maifest am Bürgerhaus



(Fortsetzung von Seite 1)

sein, daß wir das wollen!" Nur - wollen wir uns damit abfinden - unseren Frieden machen mit der FAG?

Es ist doch so, wie die GBL in ihrer Zeitung schreibt: ". . . die FAG serviert uns scheinbar ihre Pläne, es wird nur das serviert, was ins momentane Konzept paßt."

Für mich ist es unverständlich, wie man sich mit diesen Erkenntnissen in dieser Frage ins Koalitionskorsett zwängen läßt.

Beim anderen Koalitionspartner ist das etwas anderes - hier gibt es einmal den Meinungsmacher und Meinungsführer Bernhard Brehl, der "startbahn-geschädigt" keine großen öffentlichen Proteste und Aktionen mehr will.

Und es gibt den Teil der Fraktion, der auf dem Flughafen arbeitet . . .

Da wird bei SPD und GBL jetzt argumentiert: "Erst muß der fortgeschriebene Generalausbauplan auf dem Tisch liegen." Als wüßten wir nicht alle, was die am Flughafen wollen - sie wollen Expansion. Und sie wollen keine Unruhe im Umland, sonst würden sie ja nicht Spendengelder in der Gegend verstreuen.

Sie fürchten, daß sich der Widerstand gegen Lärm und Dreck, gegen Waldverluste und Minderung der Lebensqualität in der Region neu formiert.

Wir alle hier, von den Bürgern gewählt, sollten in dieser Frage allerdings die berechtigten Sorgen und Interessen der Bürger vertreten. Deswegen wollen wir auch die Veranstaltung im Mai!

Uns interessiert dabei überhaupt nicht irgendein "fortgeschriebener Generalausbauplan"; uns reicht die heutige Realität."

SPD und GBL lehnen städtische Bemühungen um einen überbetrieblichen werksärztlichen Dienst ab

Mit den Stimmen der SPD und GBL wurde der Antrag der DKP-Fraktion abgelehnt, die Stadt möge sich bei allen zuständigen Stellen um die Einrichtung eines überbetrieblichen

Von Umfallern und einem, der gern fliegt

Es ist natürlich gut, wenn viele aufmerksam die Flughafenerweiterungspläne verfolgen und gemeinsam oder auch parallel etwas dagegen unternehmen. So konnte man anerkennend die Aussagen von GBL-Leuten während der "GBL-Grenzfahrt" am Flughafen nachlesen. Nachgelesen haben wir auch einen Änderungsantrag der SPD-GBL-Fraktion vom Dezember 1991. Da heißt es: "Die Stadtverordneten-Versammlung geht davon aus, daß eine Erweiterung bezüglich des Air-Base-Geländes unterbleibt." Wenige Wochen später fällt die GBL um und verhindert eine Veranstaltung zum Thema.

Auch der Bürgermeister formuliert jetzt anders: "Ich sehe die Bebauungspläne im Süden positiv, das nimmt nämlich den Bodenlärm weg."

Die Aussagen vom Dezember? Vergessen!

Über die mit dem Bau der "Cargo-City" und dem weiteren Ausbau verbundenen Belastungen hat er wohl noch nicht nachgedacht, unser Bürgermeister? Und über ein "Windei" der DKP diskutiert er sowieso nicht. (Zwei Tage später konnte man dem Fernsehen und der Presse entnehmen, daß alle Pläne, die wir vorlegten, stimmen.)

Was macht die CDU?

Die Schwarzen in Frankfurt und Wiesbaden drängen auf Expansion. "Keine Fesseln für den Flughafen!" Die hiesigen CDU-Leute wollen, daß Wiesbaden Erbenheim für den Zivilverkehr genutzt wird, und wollen nicht begreifen, daß dies auch für unsere Stadt weitere Belastungen bringt. Es ist halt voll im Luftraum und Erbenheim liegt 20 km von unserer Stadt entfernt.

Manchmal fragt man sich, wie entstehen Meinungen, wie ändern sich Meinungen, welche Mechanismen greifen da.

Da könnte man viel aufzählen: Wer die "Golfkrieg-Brutkastenlüge" in der Sendung "Monitor" gesehen hat, weiß was gemeint ist.

Es gibt diverse andere Möglichkeiten. Da gabs mal ein Flugzeug voll Journalisten, die zu einer FAG-Pressekonferenz nach Mauritius geflogen wurden. Da gibt es ständig von den Pharmakonzernen bezahlte Ärztekongresse in den schönsten Welt-Gegenden. Auch das Militär praktiziert diese Spielchen. So konnten im Herbst 1989 ausgelesene Bürgermeister das Raketenschießen auf Kreta bewundern. (Mit dabei: unser Bürgermeister.) Auch diverse Gruppen, die sich um Fluglärm kümmern sollen, werden regelmäßig von den großen Triebwerksherstellern in die USA eingeladen. Im Mai werden wieder einmal Bürgermeister und andere Offizielle in den USA-Werkshallen imponierendes vorgeführt bekommen. Brehl ist auch dabei!

Vor Jahren wollte mal Wilhelm Jourdan auf Einladung der Air-Base-Offiziere in die USA. Als er Widerstand spürte, sagte er ab.

Brehl ist aus anderem Holz - er fliegt ...

werksärztlichen Dienstes in unserer Stadt bemühen.

Für die DKP-Fraktion hatte zuvor Gerd Schulmeyer noch einmal das Anliegen begründet, angesichts der erheblichen Erweiterung der Gewerbegebiete und der Schaffung neuer Arbeitsplätze in unserer Stadt auch für eine bessere arbeitsmedizinische Betreuung der Kolleginnen und Kollegen Sorge zu tragen.

Die "rot/grüne" Mehrheit wies eine Zuständigkeit der Stadt zurück und lehnte mit dieser Begründung den Antrag ab.

Es spricht vieles dafür, daß die Ablehnung ausschließlich deshalb erfolgte, weil es sich um einen Antrag einer Oppositionsfraktion handelte. Im Interesse vieler Kolleginnen und Kollegen werden wir darauf zurückkommen.



OSTERMARSCH-AUFRUF 1992

Nie wieder Krieg Beseitigung aller Atomwaffen Rüstung löst keine Probleme

Manche werden fragen: Wozu noch Osteraktionen der Friedensbewegung? Mit dem Verschwinden der Sowjetunion endete auch die Konfrontation der Militärblöcke, weil es nur noch einen Militärblock, die NATO, gibt. Der Ostermarsch, der sich gegen die Gefahr eines Atomkrieges zwischen Ost und West wandte, könnte damit als erledigt angesehen werden. Aber sind seine Friedensanliegen wirklich erfüllt?

Die Mächtigen sprechen zwar von Abrüstung, aber geschehen ist bisher wenig. Selbst die Abrüstungsvorschläge, von denen sie reden, sehen immer noch eine hochgerüstete, durchmilitarisierte Welt mit Vernichtungskapazitäten vor, die das Leben auf dieser Erde mehrfach zerstören können. Gleichzeitig werden begrenzte Kriege wieder verstärkt zum Mittel der Politik. Der Golfkrieg, dessen wirkliche Zerstörungen und dessen Spätfolgen nur langsam in die Öffentlichkeit durchsickern, war ein Anfang. Der verbliebene Militärblock NATO konnte dort testen, wie weltweite Hegemonie und sein ungehinderter Zugriff zu den Rohstoffen dieser Welt auch militärisch abgesichert werden können. Auftrag und Ausrüstung der NATO werden zunehmend durch schnelle Eingreiftruppen für weltweite Einsätze auf die neue Aufgabe umgestellt. Atomwaffen sollen beibehalten, das abenteuerliche SDI-Projekt soll weitergeführt werden. Mitten in Europa gibt es in Jugoslawien Krieg. Nationalismen werden allenthalben angestachelt, um sich im Schatten der Konflikte Wirtschaftsmärkte zu sichern. Weitere Kriege drohen. Die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystem anstelle der Militärblöcke zur ausschließlichen nichtmilitärischen Konfliktlösung ist noch in weiter Ferne. Die Rüstungsausgaben bleiben ent-

gegen anderslautenden Meldungen hoch wie im Kalten Krieg. In Hessen ist von der erwarteten Friedensdividende nichts zu spüren. Die finanziellen Belastungen steigen, Sozialausgaben werden reduziert. Das Geld fehlt für ökologisch sinnvolle Projekte, für die Beschaffung neuen Wohnraums, für Rüstungskonversion sowie die Umschulung Arbeitsloser. Militär und Rüstungsproduktion er-

weisen sich weiter als größte Umweltzerstörer und als Belastung für die Bevölkerung.

Die friedliche, ökologisch intakte, sozial gerechte und solidarische Welt, die wir erstreben, muß Schritt für Schritt durchgesetzt werden. Deshalb wollen wir auch an diesen Ostern durch vielfältige Aktionen unseren Friedenswillen und unsere Forderungen zum Ausdruck bringen:

- Vernichtung aller Atomwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen, Atomwaffenteststopp, sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie
- weltweite tatsächliche Abrüstung
- Verbot von Rüstungsproduktion und -export
- keine militärische Machtpolitik gegenüber den Völkern des Südens
- wirksame Maßnahmen für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung
- grundgesetzliches Verbot des Einsatzes der Bundeswehr "out-of-area"
- drastische Reduzierung des Rüstungshaushalts, Förderung von Projekten zur Rüstungskonversion
- Menschenrechte für alle - hier und überall
- Verweigerung aller Kriegsdienste, Bleiberecht und Recht auf Asyl für alle Deserteure und Kriegsdienstverweigerer - Solidarität mit Flüchtlingen und Asylbewerbern und Toleranz gegenüber allen Fremden

Wir rufen dazu auf, die Osteraktionen '92 der Friedensbewegung zu unterstützen.

Schulden der Kommunen steigen

Tiefer in den Stadtsäckel greifen mußten die Gemeinden vor allem für Kredite: Für Zinsen mußten mit 5,7 Milliarden DM 10,7 Prozent mehr aufgebracht werden als im Vorjahreszeitraum.

Am stärksten zugeht haben die Städte und Gemeinden bei den Einnahmen aus kommunalen Gebühren. Sie stiegen um 12,2 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres auf 19,4 Milliarden DM.

Da die Einnahmen in den ersten drei Quartalen nach Angaben des Bundesamtes insgesamt nur um 6,9 Prozent auf 135,5 Milliarden DM zunahm, habe sich die Finanzierungslücke von 1,6 auf 5,3 Milliarden DM vergrößert. Das Loch sei zum großen Teil mit Krediten gestopft worden, so die Statistiker. Die Neuverschuldung 1991 belief sich nach Abzug der Schuldentilgung netto auf 3,3 Milliarden DM nach 1,7 Milliarden im Vergleichszeitraum 1990. Die Gemeinden haben in den ersten neun Monaten insgesamt 8,7 Milliarden DM Schulden gemacht und 5,5 Milliarden DM getilgt. Ihre Schulden erreichten damit Ende September 127 Milliarden DM.



Bismarck verdrängt Bebel



Vor einigen Monaten wollte die hiesige CDU die Ernst-Thälmann-Straße in Mörfelden umbenennen. (Ernst Thälmann war vor 1933 Vorsitzender der KPD und wurde im KZ Buchenwald ermordet.) Sozialdemokraten, GBL und DKP verhinderten den Coup. In anderen Teilen unseres nun großen Deutschlands läuft die Bilderstürmerei weiter auf Hochtouren. In Erfurt gab es eine Wilhelm-Hamann-Schule. Auf die kalte Tour verlor sie jetzt ihren Namen. Sie ist jetzt einfach die Grundschule III. (Wilhelm Hamann, war Kommunist und der erste kommunistische Landrat nach 1945 im Kreis Groß-Gerau. Im KZ Buchenwald hatte er 159 jüdischen Kindern das Leben gerettet und wurde dafür in Israel hoch geehrt.) Im sozialdemokratisch regierten Zeuthen hat man u.a. auch die Rudolf-Breitscheid- und die Lilo-Herrmann-Straße umbenannt. (Breitscheid war vor 1933 SPD-Vorsitzender und Lilo Herrmann verlor als erste deutsche Frau unter dem Henkersbeil der Nazis ihr Leben.) In vielen Städten wurden, oft von Sozialdemokraten initiiert, August-Bebel-Straßen in Otto-von-Bismarck-Straßen umbenannt.

In Potsdam hat man eine nach dem sowjetischen Kosmonauten Komarow benannte Straße nach seinem amerikanischen Kollegen Neill Armstrong umbenannt. In Berlin hat ein prominenter Ost-"Sozialdemokrat" für die Entfernung Tucholskys aus dem Straßenbild plädiert. (Wegen kommunistischer Altlast.) Entfernt wurden die Namen von ermordeten Widerstandskämpfern, seien es nun Sozialdemokraten, Kommunisten oder Gewerkschaftern. Reihenweise hat man Geschwister-Scholl-Schulen umbenannt. So findet Geschichte statt im Jahre 1992.

Victor Hugo schrieb zum gleichen Thema vor über hundert Jahren: "Wenn man ein Denkmal wegen der Erinnerungen, die es weckt, zerstören muß, so laßt uns den Parthenon niederreißen, weil es an den heidnischen Aberglauben erinnert, die Alhambra, weil sie an den mohammedanischen Aberglauben erinnert ..., laßt uns alle Denkmäler niederreißen, angefangen beim Ramsestempel, alle Moscheen, angefangen bei der Hagia Sophia, alle Kathedralen, angefangen bei der Notre Dame!" rh

"Darf ich noch leben?"

Im März-"blickpunkt" veröffentlichten wir einen Beitrag mit dem Titel "Wenn Opa zum Pflegefall wird". Darauf erreichten uns Anrufe aus unserer Stadt, in denen darauf hingewiesen wurde, daß im hiesigen Altenzentrum die höchste Pflegestufe monatlich fast 6000 Mark kostet. Zum Thema drucken wir heute einen Artikel ab, den wir in einer Darmstädter Zeitung fanden:

"Die Pflegeversicherung ist überfällig". Das meint ein siebzigjähriger gehbehinderter Darmstädter Rentner aus eigener, leidvoller Erfahrung. Seit acht Jahren muß er sich finanziell einschränken, um den "Aufwendungsersatz zur Sozialhilfe" und um Medikamente und Kleidung für seine pflegebedürftige Frau (64) bezahlen zu können. Nach stationären Aufenthalten in

psychiatrischen Kliniken lebt sie jetzt in einem Pflegeheim, ist vollkommen apathisch, muß gefüttert und gewandelt werden. Mann und Tochter (35) besuchen sie regelmäßig. Monatlich stehen der Frau 300 Mark Rente zu - ihr Heimplatz kostet aber 3000 Mark. Jährlich muß der Rentner beim Sozialamt auf Heller und Pfennig Rechenschaft über seine Einkünfte und Ausgaben ablegen, bis hin zum Gewerkschaftsbeitrag (3 Mark). Daraus wird die Höhe seines Aufwendungsersatzes - inzwischen 250 Mark monatlich, zeitweise aber auch 450 Mark bei einer Rente von 2400 Mark ermittelt. Eine Zeitlang setzte der Rentner die Zahlungen für seine Frau aus, weil er nicht wußte, wie er sonst das Geld für eine Autoreparatur, für seine komplizierte Zahnbehandlung und die neue Waschmaschine bezahlen sollte. Daraufhin drohte ihm das Amt mit der Pfändung von zwei Monatsrenten.

"Darf ich noch leben, darf ich im Alter noch Mensch sein?" entsetzte

sich der Rentner. Der Sachbearbeiter konterte kühl "Das ist Ihre Sache." Der Rentner: "An dem Tag war ich fertig. Da hatte das Leben keinen Sinn mehr für mich." Mit Hilfe einer Rechtsanwältin wurde schließlich ein Kompromiß gefunden. Die Rückstände werden aus dem demnächst fälligen Bausparvertrag beglichen. Viel Aufregung, viel Schriftverkehr, von dem ein dicker Aktenordner des Siebzigjährigen zeugt. Gäbe es die gesetzliche Pflegeversicherung schon, wäre ihm viel Ärger erspart geblieben.

Einfach anrufen . . .

Sicher haben Sie schon oft gedacht -

"das wär was für den
"blickpunkt".

Also, demnächst einfach anrufen!

Tel. 23366, 22362, 3335, 3859.

Bürger beobachten die Geheimdienste

Aktionsbündnis in Bayern wehrt sich gegen zunehmende Bespitzelung

Unter Trägerschaft der SPD Bayern, der Grünen Bayern, der ÖTV Bayern, der Fraktion der Grünen im Bayerischen Landtag, der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen, der Humanistischen Union Bayern, der Richter und Staatsanwälte in der ÖTV u.a. hat sich in München ein Aktionsbündnis "Bürger beobachten die Geheimdienste" gebildet. Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge aus der verbreiteten Erklärung:

"Wir sind ein überparteilicher Zusammenschluß von Einzelpersonen und Vertretern verschiedener Gruppierungen in Bayern. Wir haben uns vorgenommen, BürgerInnen beizustehen, deren Grund- und Menschenrechte durch Übergriffe der Geheimdienste verletzt wurden.

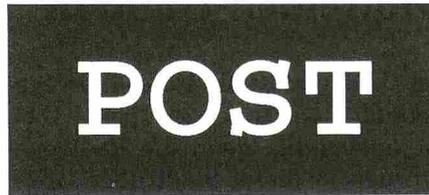
Die klassischen Geheimdienste sind der Verfassungsschutz, der Militärische Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst. Wie ein Geheimdienst arbeiten aber auch bestimmte Spezialabteilungen - wie der Staatsschutz und andere abgeschottete Polizeieinheiten -, wenn sie sich geheimdienstlicher Methoden bedienen. Ihnen allen ist gemeinsam, daß sie verdeckt und unerkannt arbeiten, es darauf anlegen, nicht erkannt zu werden, unter falschem Namen und mit falschen Papieren auftreten, BürgerInnen abhören, sie beobachten, fotografieren und filmen, sich sogenannter V-Leute und verdeckter Ermittler bedienen.

Die Macht der geheimdienstlichen Tätigkeit ist beträchtlich. Sie hat noch erheblich zugenommen, seitdem es die elektronische Datenverarbeitung gibt. In ihren vernetzten Daten finden sich Informationen über Millionen BürgerInnen. Man schätzt, daß mindestens zehn Prozent der Wohnbevölkerung aus den alten Bundesländern (also in Bayern mehr als eine Million Menschen) allein in den Polizeicomputern erfaßt sind, zu denen die Geheimdienste Zugriff haben.

...Alle Geheimdienstskandale der westdeutschen Nachkriegsgeschichte - wie das Celler Loch, die Traube-Abhör-Affäre oder die kriminellen Manipulationen im Schmücker-Prozeß bis hin zum jüngst bekannt gewordenen BND-Panzerskandal - sind nicht durch die vorgesehenen gesetzlichen Kontrollinstanzen aufgedeckt worden, sondern durch Zufälle, In-diskretionen und eine funktionierende Öffentlichkeitsarbeit.

Ein Stück dieser Öffentlichkeit wollen wir organisieren und mit unserer Arbeit Bürgerinnen und Bürgern helfen, den Alltag der Geheimdienste durchsichtiger zu machen..."

Auch in unserer Stadt bemühen sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger um Einsicht in "ihre Akte". Es zeigt sich schon jetzt, daß sich allerhand angesammelt hat. Wir werden darüber berichten.



Hundedreck

Zum Thema erhielten wir Anrufe und einen Leserbrief, den wir leicht gekürzt abdrucken.

Betr. "blickpunkt", Nr. 254, Ausgabe Februar 1992

Ein "Lückenfüller" im "blickpunkt" hat mich geärgert. Tatsache ist, daß "Vernunft und Einsicht" bei den Hundebesitzern wohl kaum zu erwarten ist. Warum auch? Haben sie sich doch mit der Bezahlung der städtischen Hundesteuer das Recht erkaufte, unsere Straßen (geht ja noch) und unsere Gehwege (da wird es zur glitschigen, übelriechenden Tortur) gnadenlos zuzuscheißen. Ich kenne kein Land, das eine Abgabe erhebt als Legitimation für das öffentliche urinieren und kotieren. Aus diesem Grund wird es auch verständlich,

daß sich so mancher Zeitgenosse empört, wenn Kinder irgendwo ins Gebüsch pinkeln - denn für die wurde ja auch keine Fäkaliensteuer bezahlt. Da an der Einsicht der Hundebesitzer erheblicher Mangel besteht, fehlt somit auch die Abhilfe in Form von "Schippe und Plastikbeutel". Wenn sich jetzt irgendein Hundebesitzer auf den Schwanz (des Hundes) getreten fühlt, dann kann er sich ruhig bei mir melden. Ich würde gerne mal einen Hundebesitzer mit Schaufel und Beutel kennenlernen - wahrscheinlich eine kostbare Rarität. Fazit ist, daß die beste Methode zur tretminnenfreien Zone, die Abschaffung der Hundesteuer sein kann. Keine Ablösesumme mehr und dafür 500 DM für jeden nicht adäquat entsorgten Scheißhaufen (die Stadt Düsseldorf ist da beispielhaft). Wer einen Hund hat, muß sich endlich darüber Gedanken machen, wo die Tonnen landen die diesen Viechern täglich in den Schlund gestopft werden. Buß- und Ordnungsgelder sind kein Ausdruck der Hundefeindlichkeit, denn Herrchen oder Frauchen können sich bei diesem finanziellen Anreiz doch in aller Öffentlichkeit bücken und somit für ein positives Image der Hundebesitzer sorgen. Wer keine Lust hat auf die Knie zu gehen, der kann ja eines der bekannten Windelprodukte verwenden. Vielleicht würde sich da ein ganz neuer Markt auf-tun - für jeden Hund in jeder Phase die richtige Windel - angepaßt an Fell und Farbe.

Christina Ryser
Schloßgartenstraße 45
61 Darmstadt, Tel. 06151/714296

David hat Goliath auch geschlagen.

Wir schreiben weiter,
wo andere aufhören.



Zeitung der DKP

Probexemplare bestellen!
Hoffnungstraße 1, 4300 Essen 1

»Am 1. Mai ist der April vorbei«

Dies ist nicht die DGB-Losung zum 1. Mai. Sie wäre aber nicht die schlechteste, denn sie enthält wenigstens eine -zugegeben schlichte - Wahrheit und desorientiert nicht. Das kann man von der diesjährigen Mai-Parole - "Teilen verbindet" - nicht behaupten. Wer soll da mit wem warum teilen? Sollte es eine scheinbar soziale Aufforderung sein, mit "unseren Brüdern und Schwestern" zu teilen? Dies mag einem Pfarrer, der auch die andere Backe hinzuhalten predigt, noch anstehen, nicht aber einer Gewerkschaft. Die Unternehmer haben durch die Einverleibung der DDR riesige Profite gemacht, während die Menschen im Westen durch Steuerlüge, Rentenbetrug und Zwangssolidaritätsabgabe geschöpft werden und den Menschen im Osten eh schon die Butter vom Brot genommen wird. In der Arbeiterbewegung ist der Begriff "teilen" eher mit "herrschen" geläufig. Diese Unternehmerdevise "teilt" die abhängig Beschäftigten in: Arbeiter/Angestellte, Deutsche/Ausländer, Arbeitslose/Beschäftigte, Frauen/Männer, Ossi/Wessi..., um leichter über sie herrschen zu können. Dem haben die Gewerkschaften zu recht immer die Solidarität aller Lohnabhängigen entgegengesetzt - besonders am 1. Mai.

Solidarität mit Kuba

Ein Tanker Öl
für Kuba

Spendenkonto:
Postgiroamt Köln
Konto-Nr. 253525-502,
BLZ 37010050,
Stichwort: Kuba



Bauarbeiter-Demo in Mörfelden. Kampfbereitschaft demonstrierten 500 Gewerkschafter im Lohnkampf.

Die IG Bau-Steine-Erden will Einkommenserhöhungen von 9,8 Prozent, 30 Tage Urlaub für alle frei verfügbar. Weitere Arbeitszeitverkürzung in Richtung 35-Stunden-Woche. Verbesserte Fahrge-, Wegezeit, Verpflegungs- und Nahauslö- sungsregelung. Schritt hin zum ganzjährig gesicherten Einkommen.

Tarifrunde '92: Lohnverzicht - nein, danke!

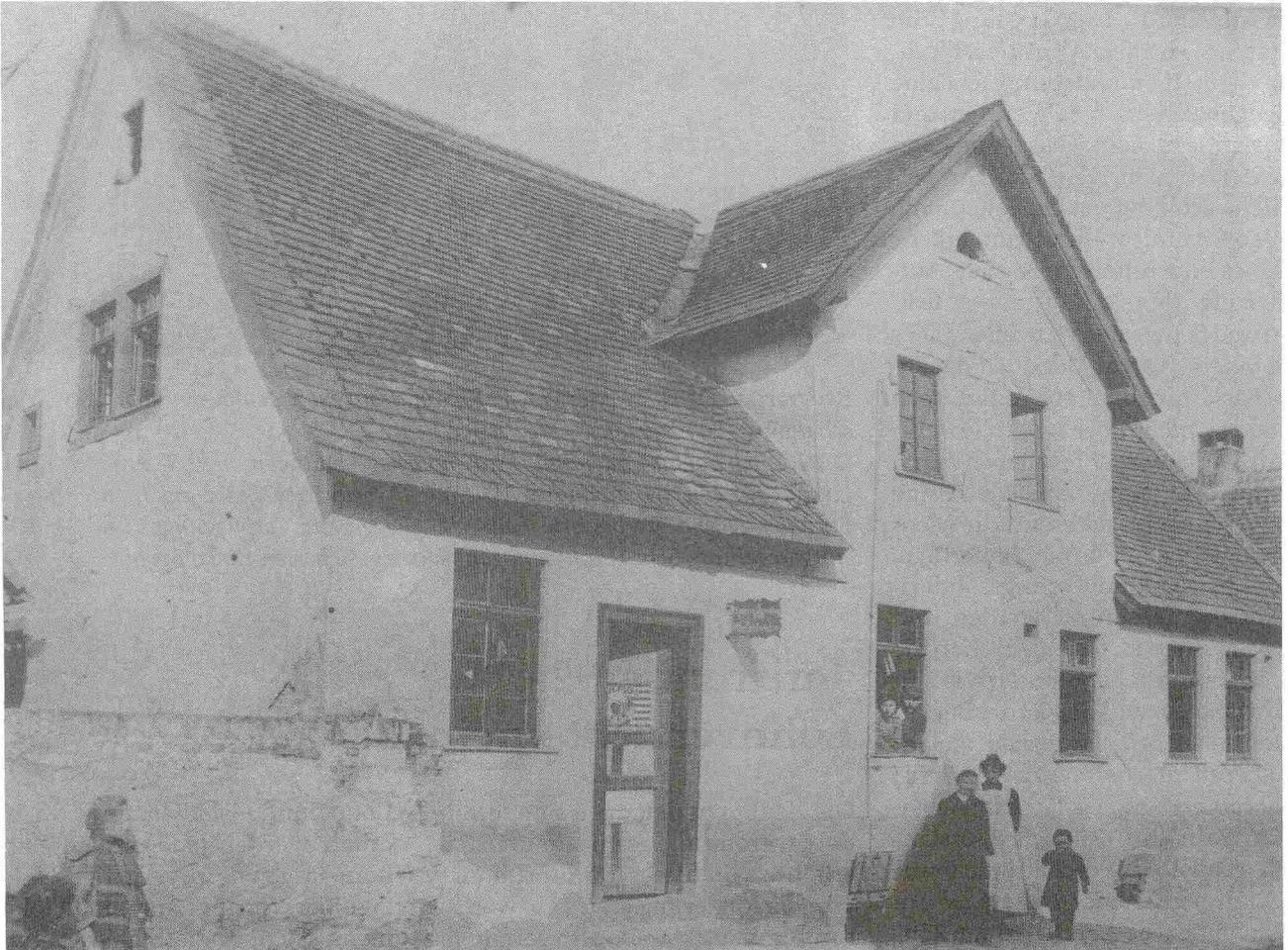
Die Renten in den alten Bundesländern werden in diesem Jahr um 2,7 % erhöht. Mit dieser Mini-Erhö- hung gibt die Regierung etwas zu, was sie sonst immer abstreitet: Im vergan- genen Jahr ist das reale Einkommen der Arbeiter und Angestellten gesunken. Diese Rentenerhöhung entspricht der Steigerung der Nettoeinkommen der Arbeiter und Angestellten vom Vor- jahr. Da die Preise im gleichen Zeit- raum aber um etwa 4 % gestiegen sind, konnten wir uns von unserem Lohn oder Gehalt also weniger kau- fen als im Jahr davor.

In diesem Jahr predigen Regierung, Unternehmer, Vertreter fast aller Bonner Parteien und sonstige unge- fragte Experten: Maßhalten, Beschei- denheit, niedrige Tarifabschlüsse. Sie alle sind sich einig: Wegen der Pro- bleme im Osten soll der "Wohlstand" im Westen für einige Jahre auf dem jetzigen Stand eingefroren werden. Dabei merken diese Experten gar nicht, daß sie damit die von den Ge- werkschaften in dieser Tarifrunde ge- forderten 9 - 10 % für voll gerechtfertigt erklären. Nach allen vorliegen- den Berechnungen müßten allein zur Erhaltung der jetzigen Kaufkraft die

Löhne und Gehälter um etwa 10 % erhöht werden. Jede geringere Erhö- hung führt, wie im vergangenen Jahr, zu einer Verringerung des Einkom- mens. Da aber gleichzeitig die Pro- duktivität Jahr für Jahr um etwa 3 % zunimmt, setzt sich selbst bei einer Tariferhöhung um 10 % die seit 1980 zu beobachtende Entwicklung fort: Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen wird immer ge- ringer, der Anteil der Gewinne und anderer Einkommen der Unterneh- mer wird immer größer.

Die Tarifverhandlungen im Öffentli- chen Dienst sind im März geschei- tert. Bund, Länder und Gemeinden haben auf ihrem Mini-Angebot von 3,5 % beharrt. In anderen Tarifberei- chen spielen die Unternehmer auf Zeit. Sie hoffen, daß die massive Be- einflussung durch die Massenmedien zu geringer Streikbereitschaft führt, sie wollen den Reallohnabbau durch- setzen. Arbeiter und Angestellte aber haben nichts zu verschenken. Wenn wir in diesem Jahr nicht um einen hohen Abschluß kämpfen, wird es im nächsten Jahr weiter bergab ge- hen mit unseren Einkommen!

Stadtgeschichten



Eines der ältesten Gasthäuser in Walldorf war wohl der inzwischen abgerissene "Waldenserhof" in der Langstraße 71. Die auf unserem etwa 70 Jahre alten Foto zu sehende Gaststätte befand sich auf dem Grundstück des Jean Coutandin, der mit seiner Frau und fünf Kindern dort 1705 ansässig wurde. Um 1840 eröffnete der Schuhmacher Abraham Coutandin (1818-1882) in diesem Hause eine Gaststätte. Diese war in der Gemeinde schon bald unter dem Namen "Schlabbewert" bekannt. Der 1864 gegründete und 1871 wieder aufgelöste Gesangsverein "Germania" traf sich dort zu seinen Singstunden. Nach dem 2. Weltkrieg (1949) entstand im hinteren Bereich der Gaststätte ein Saalneubau in Selbsthilfe. In den nunmehrigen "Waldenserhof" zogen die Gesangsvereine "Liederzweig" und der Sportverein "Rot-Weiß" ein. Seit vielen Jahren in städtischem Besitz, wird nun das Haus, auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, gründlich saniert und umgebaut, wozu auch die Abtragung des alten Gebäudes gehörte. Die Gesamtkosten werden wohl die geschätzten 3 Millionen doch übersteigen.



Neue Bundesländer werden zum sportlichen Notstandsgebiet

Die neuen Länder drohen nach Ansicht des "Spiegel" zum "sportlichen Notstandsgebiet" zu werden. Im Osten liefen die Talente den Vereinen und Sportschulen in Scharen davon, die materielle Basis zerbröckele. Von Rostock bis Chemnitz verfallen die Sportstätten - wenn sie nicht schon verramscht worden sind. Und die Menschen der ehemaligen DDR, in

der noch 1988 auf 350.000 Einwohner eine olympische Goldmedaille kam, hat eine tiefe Sportmüdigkeit erfaßt. Schon bald, so Experten, werden die neuen Bundesländer zum sportlichen Notstandsgebiet. Viele Sportler, darunter auch der Nachwuchs, haben nach den Recherchen des Magazins angesichts der tristen Umstände resigniert. Den meisten von westlichen Funktionären dominierten Sportverbänden sei die Arbeit an der Basis gleichgültig. "In der Vergangenheit im Westen wegen der Erfolglosigkeit

ihrer Athleten oft gescholten, wollen sie, dank der Blutauffrischung aus dem Osten, wenigstens einmal Olympiamedaillen en masse präsentieren. Deshalb interessieren sie sich fast ausschließlich für die persönlichen Trainer der Ex-DDR-Stars. "Der Ausfall einstiger Leistungsträger treibe viele Ost-Vereine in den Ruin", resümiert "Der Spiegel". "Besonders in den Mannschaftssportarten wurden die Klubs geschwächt. Die Zuschauer bleiben aus, kein Sponsor interessiert sich mehr für den Sport."